

DIE ÄRA KOHL IM GESPRÄCH

Die Wende 1982/83: Der Beginn der Ära Kohl Einführung*

Hanns Jürgen Küsters

Meine sehr verehrten Damen und Herren, „Die Wende 1982/83: Der Beginn der Ära Kohl“ ist das Thema der heutigen Veranstaltung im Rahmen unserer Reihe „Ära Kohl Gespräch“, zu der ich Sie alle ganz herzlich im Namen der Konrad-Adenauer-Stiftung willkommen heiße.

Es ist mir eine ganz besondere Freude, dass Sie wieder einmal so zahlreich der Einladung gefolgt sind. Unser Tagungsraum, der alte Plenarsaal des Bundesrates, gehört zu den historischen Orten, die aus der Zeit der Bonner Republik noch unverändert erhalten geblieben sind. Er war und ist ein Herzstück des deutschen Föderalismus und wichtige Stätte der „Bonner Republik“, die es zu bewahren gilt. Hier sind Bund und Länder, Regierung und Opposition, Interessen gleicher und unterschiedlicher parteipolitischer Couleur und Koalitionsmuster aufeinander getroffen. Dieser Plenarsaal verkörpert ein Stück gelebter deutscher Demokratie, in dem viele Jahre lang auch Helmut Kohl als Ministerpräsident und Bundeskanzler gewirkt hat.

Ein besonderer Willkommensgruß gilt den Weggefährten und Zeitzeugen der Ära Kohl, die den Regierungswechsel 1982 in unterschiedlichen Funktionen miterlebt haben und aus eigener Anschauung über die Geschehnisse berichten können.

Zunächst darf ich ganz herzlich Herrn Dr. Norbert Blüm begrüßen, der von 1981 an Senator für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Berlin beim Bund im damaligen Senat des Regierenden Bürgermeisters Richard von Weizsäcker war und 1982 zum Bundesminister für Arbeit ernannt wurde. Ihn zeichnet aus, während der gesamten Ära Kohl als einziger Bundesminister sein Ressort behalten und den fünf Kabinetten von Helmut Kohl angehört zu haben.

Ein herzliches Willkommen sage ich auch Ihnen, Frau Dr. Dorothee Wilms. Sie waren ab 1980 Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und übernahmen im ersten Kabinett Kohl das Amt der Bundes-

* Einführungsvortrag anlässlich der Veranstaltung „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 24. November 2011 im Bundesrat in Bonn.

ministerin für Bildung und Wissenschaft; eine wichtige Aufgabe, die Sie mit großer Freude bis nach der Bundestagswahl 1987 ausfüllten.

Ebenso herzlich begrüße ich Herrn Dr. Christian Schwarz-Schilling. Sie leiteten von 1975 bis 1983 den Koordinierungsausschuss für Medienpolitik der CDU/CSU und waren 1981/82 Vorsitzender der Enquetekommission „Neue Informations- und Kommunikationstechniken“, bevor Sie dann 1982 Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen in der neuen Bundesregierung wurden.

Als Nächsten begrüße ich Herrn Dr. Philipp Jenninger. Er bekleidete von 1973 an das Amt des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und wurde von Bundeskanzler Kohl zum Staatsminister im Bundeskanzleramt ernannt, bevor er 1984 zum Präsidenten des Deutschen Bundestages gewählt wurde.

Schließlich darf ich Herrn Friedrich Bohl begrüßen, der erst 1980 in den Deutschen Bundestag einzogen war und von 1984 bis 1989 das Amt des Parlamentarischen Geschäftsführers der CDU/CSU-Fraktion ausübte.

Willkommen heiße ich ebenso die zahlreichen Abgeordneten, Staatssekretäre und hohen Ministerialbeamten, die heute unter uns weilen. Nicht zuletzt freue ich mich, unsere heutigen Referenten begrüßen zu können. Sie sind allesamt ausgewiesene Experten der Zeitgeschichtsforschung und haben sich mit dem Beginn der Ära Kohl oder – wie vielleicht einige unter Ihnen auch denken – dem Ende der sozialliberalen Koalition, die seit dem Jahre 1982 auf Bundesebene nicht mehr zustande gekommen ist, in vielfältigen Publikationen auseinandergesetzt.

Unser heutiges Thema bleibt in der deutschen Geschichtsschreibung mit der letzten Dekade der alten Bundesrepublik – dem „Abschied vom Provisorium“, wie Andreas Wirsching seine Darstellung überschrieb – und der zu Ende gehenden Phase einer Epoche verbunden, deren Zäsur Mauerfall und Wiedervereinigung kennzeichneten. Freilich sah niemand diese Ereignisse zu Beginn der 1980er Jahre voraus. Doch wird heute immer weniger der Beginn der Ära Kohl als eine Ursache dieser Entwicklung ausgemacht. Die von ihm propagierte „geistig-moralische Wende“ wird als rhetorische Floskel, als PR-Konstrukt abgetan und ein Politikwechsel negiert. Manfred Görtemaker bezeichnete den Regierungswechsel 1982 als „konservative Wende“, basierend auf dem Vorwurf Kohls, die sozialliberale Koalition habe vor dem Zeitgeist kapituliert, weil sie in zentralen Fragen der Gesellschafts- und Außenpolitik keine moralisch fundierte politische geistige Führung demonstrierte. In Wirklichkeit habe keine Wende stattgefunden, dafür – so argumentiert Eckart Conze – habe schon der Kontinuitätsfaktor FDP gesorgt. Vielmehr sei das Gerede von der Wende Ausdruck einer Krisendiagnose gewesen, lediglich die Reaktion auf zunehmende Ängste vor dem wirtschaftlichen Niedergang und angesichts des NA-

TO-Doppelbeschlusses vor einer erneuten kriegerischen Auseinandersetzung in Zeiten des Ost-West-Konflikts.

Doch inwieweit stimmen diese Interpretationen? Nach 30 Jahren und mit Ablauf der üblichen Sperrfristen für Akten steht die Zeitgeschichtsforschung heute am Anfang einer quellengestützten Aufarbeitung der Ära Kohl, die zu vertieften Einblicken in die Vorgänge führt und damit zu einem sicheren Urteil. Somit stellt sich die Frage: Welche Triebkräfte standen wirklich hinter dem Regierungswechsel von 1982, der eigentlich nur ein Wechsel der Koalitionspartner war?

Als Erstes ist festzustellen, dass Koalitionswechsel während einer Legislaturperiode zu den seltenen Vorkommnissen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gehören. Denn bisher kamen sie nur zwei Mal vor: 1966 mit dem Rücktritt der FDP-Minister aus der Regierung von Bundeskanzler Ludwig Erhard und der Bildung einer großen Koalition aus CDU/CSU und SPD, die vor fast genau 45 Jahren, am 1. Dezember 1966, zur Wahl Kurt Georg Kiesingers zum Bundeskanzler führte und am 1. Oktober 1982 aufgrund des bislang einzigen erfolgreichen konstruktiven Misstrauensvotums gegen Bundeskanzler Helmut Schmidt, das die sozialliberale Regierungskoalition beendete. Helmut Kohl wurde Bundeskanzler der christlich-demokratisch-liberalen Regierung, die damals nach 16 Jahren erneut zustande kam.

Zweitens gilt es, sich die Lage in der Bundesrepublik Anfang der 1980er Jahre und die damaligen Besorgnisse in Erinnerung zu rufen. 8500 Firmen meldeten 1981 Konkurs an, die Arbeitslosigkeit näherte sich der Zwei-Millionen-Grenze, die Staatsverschuldung wuchs, die Investitionsquote ging zurück, der Streit um die Belebung der Beschäftigungspolitik durch millionenschwere Programme und deren Finanzierung mittels Mehrwertsteuererhöhung eskalierte. Die schnelle Sanierung der öffentlichen Finanzen durch Erhöhung von Steuern und Abgaben war nicht zu erwarten. Die ebenso umstrittene Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses lag angesichts zunehmender Proteste der Friedensbewegung in weiter Ferne.

Drittens boten CDU und CSU als Opposition keineswegs ein Bild der Geschlossenheit. Unverändert herrschte Spannung zwischen den Parteiführern Helmut Kohl und Franz Josef Strauß. Nach der gescheiterten Kanzlerkandidatur des bayerischen Ministerpräsidenten bei der Bundestagswahl 1980 meinte der CDU-Parteivorsitzende, nun komme an ihm innerhalb der Unionsparteien niemand mehr vorbei, was keineswegs alle so sahen. Somit stellt sich die Frage, wie hatte die CDU ihr politisches Feld bestellt? Welche ordnungspolitischen Antworten vermochte sie angesichts der zunehmenden sozialen Intervention von Staats wegen zu geben? Welche parteitaktischen Überlegungen spielten mit Blick auf die Wirtschafts- und Finanzkrise, die sicherheitspolitische Lage und den angestrebten Machtwechsel eine Rolle?

Ich freue mich, Herrn Kollegen Prof. Dr. Wolfgang Jäger von der Universität Freiburg im Breisgau begrüßen zu dürfen, der uns im Anschluss eingehend die Ausgangslage und das Zustandekommen des Koalitionsbruchs analysieren wird und vielleicht auch darauf eingeht, wie es zum Wahlsieg für die propagierte „Politik der Mitte“ kam. Denn der Einzug der Grünen in den Deutschen Bundestag 1983 veränderte langfristig die bundesdeutsche Parteienlandschaft und die damaligen Koalitionsoptionen.

Dass der bayerische Ministerpräsident den CDU-Vorsitzenden nicht für kanzlerfähig hielt, ist allgemein bekannt. Beide waren zudem uneins über die Rolle der FDP und über die taktische Frage, zu welchem Zeitpunkt Neuwahlen zur Stärkung der Legitimationsbasis der neuen Regierungskoalition erfolgen sollten. Nachdem in den 1970er Jahren längere Zeit keine CDU-FDP-Koalition auf Länderebene existierte, hatte Helmut Kohl die Liberalen stets pfleglich behandelt, weil sie der einzige mögliche Koalitionspartner waren, ganz im Gegensatz zu Strauß, der die FDP am liebsten aus dem Deutschen Bundestag verbannt sah. Daher habe ich für den zweiten Vortrag Herrn Kollegen Prof. Dr. Matthias Stickler von der Universität Würzburg gebeten, uns die Haltung der CSU zum Regierungswechsel zu erläutern.

Ein vierter Aspekt betrifft das Verhalten der Liberalen. Wann bei der FDP nach der erfolgreichen Bundestagswahl 1980 erste Zweifel an dem Nutzen der Koalition mit der SPD aufkamen und Überlegungen reiften, den Koalitionspartner auszutauschen, gehört zu den zentralen Fragen. Warum sah Hans-Dietrich Genscher 1981 plötzlich keine Möglichkeit mehr, die Koalition mit der SPD fortzusetzen? War Genscher der wirklich geistige Urheber der „Wende“, weil er den Begriff schon im August 1981 in seinem Schreiben an die FDP-Mitglieder verwandt? Wurde er angesichts miserabler Ergebnisse bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und der Landtagswahl in Niedersachsen nur aus purer Existenzangst um seine FDP zum „Kanzlermacher“ und aus Sorge, vom Koalitionspartner in die Tiefe gerissen zu werden? Ging es ihm allein um Schadensbegrenzung, oder machten die Liberalen einfach aus ihrer politischen Not eine wirtschafts- und finanzpolitische Tugend, indem sie die sich gesellschaftlich ausbreitende Anspruchsmentalität brechen und den notwendigen Sparkurs durchsetzen wollten, weil sie annahmen, der Staat habe durch kostspielige Gesetze die Selbstverantwortungsmentalität der Menschen verwirkt? Welchen Ausschlag gab die ungewisse Haltung der SPD bei der Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses bei der Abkehr von der sozialliberalen Koalition? Im Strom die Pferde, sprich: den Koalitionspartner zu wechseln, kam einem politischen Husarenritt gleich, den sowohl die Partei als auch die Fraktion verdauen mussten. Die Partei stand unweigerlich vor einer inneren Zerreißprobe. Fiel die SPD dem „Verrat“ Hans-Dietrich Genschers zum Opfer und verlor sie deshalb ihre Macht? Wie ging die FDP mit dem zunächst von Bundeskanzler Helmut Schmidt geäußerten und später von Klaus

Bölling wiederholten Vorwurf des „Verrats“ um? Wir dürfen gespannt sein, zu welchem Urteil Herr Kollege Prof. Dr. Joachim Scholtyseck von der Universität Bonn kommt, der die Geschehnisse aus Sicht der FDP beleuchtet.

Ein fünfter Aspekt bezieht sich auf die Haltung der Sozialdemokraten, die sicherlich das größte Bild innerer Zerstrittenheit bot. Noch jüngst machte Helmut Schmidt im „Zeit-Magazin“ nicht Hans-Dietrich Genscher, sondern Otto Graf Lambsdorff für den Koalitionsbruch verantwortlich. Dieser habe – so Schmidt wörtlich – die „Linksdemokraten“ verachtet und „eigentlich in die Hugenbergsche Deutschnationale Volkspartei der Weimarer Zeit gepasst“. Misstrauen gegenüber der SPD hegten aber auch große Teile der Union. Denn bei der Durchsetzung des maßgeblich von Bundeskanzler Schmidt initiierten NATO-Doppelbeschluss versagte ihm der linke Flügel der eigenen Partei die Gefolgschaft. Um die Beschäftigungskrise in Griff zu bekommen, neigte Schmidt außerdem zu weiteren Ausgaben. Verkannte er dabei die Belastbarkeit des Koalitionspartners und verspielte die Macht? Weitsichtig prophezeite damals Herbert Wehner, die SPD werde lange brauchen, wieder an die Macht zu kommen. Die Sorge, eine christlich-demokratisch geführte Regierung könnte die Früchte sozialliberaler Deutschlandpolitik der 1970er Jahre zerstören, führte im Übrigen zu weiteren direkten Kontakten der SPD-Parteispitze mit SED-Chef Erich Honecker. In einem Rückblick brachte Hans-Jochen Vogel das damalige Dilemma auf den Punkt: Die Parteienkonstellation habe für die großen Parteien nur eine Option zugelassen, nämlich die Koalition mit der FDP. Diese aber verfügte mindestens über zwei Optionen, was den beiden großen Parteien nicht behagte. Herr Kollege Prof. Dr. Hartmut Soell von der Universität Heidelberg wird uns den Regierungswechsel aus Sicht der SPD in doppelter Eigenschaft erklären, nämlich aufgrund eigener Erlebnisse als Zeitzeuge und aufgrund seiner intensiven Archivstudien, die er im Rahmen seiner Biographie über den zweiten Bundeskanzler der SPD betrieben hat.

Es sind also komplexe Zusammenhänge und komplizierte Motive und Strategien der Entscheidungsträger genauer in Augenschein zu nehmen. Denn über allem schwebte die für erforderlich gehaltene demokratische Legitimation des Koalitionswechsels. Bekanntlich fanden nicht sofort im Oktober 1982, sondern erst fünf Monate später am 6. März 1983 Neuwahlen zum Deutschen Bundestag statt. Sie führten zum erstmaligen Einzug der Grünen in den Deutschen Bundestag, wo nach über 20 Jahren wieder eine fünfte Partei vertreten war. Bundespräsident Karl Carstens hegte Bedenken, ob das eingeschlagene Verfahren des negativen Misstrauensvotums gegen den gerade gewählten Bundeskanzler Kohl und den im Dezember 1982 mit Mehrheit verabschiedeten Haushalt 1983 wahrheitsgemäß zustande gekommen war. Immerhin hatten sich Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher schon in den Koalitionsgesprächen auf den Neuwahltermin verständigt.

Meine Damen und Herren, Fragen über Fragen gilt es zu beantworten. Prof. Dr. Hans-Peter Schwarz hat freundlicherweise die Aufgabe übernommen, ein Fazit zu ziehen und weitere Forschungsperspektiven zu definieren.